



“Suchet der Stadt Bestes und betet für sie.” Jer 29,7a

Kirche und Gesellschaft in der Corona-Pandemie

Bericht von Landesbischof Dr. h. c. Frank Otfried July
vor der 16. Württembergischen Evangelischen Landessynode
am 2. Juli 2020



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG

“Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie.” Jeremia 29,7a

Hohe Synode,
liebe Schwestern und Brüder,
sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist schön, Ihnen heute hier wieder zu begegnen. Vielleicht geht es Ihnen nach Monaten des Ausnahmezustands ähnlich – der noch nicht vorüber ist. Doch gerade in dieser Zeit sind Sie da, um den Weg unserer Landeskirche als Synode reflektiert und nachhaltig mitzugestalten.

Es ist viereinhalb Monate her, dass Sie sich als 16. Landessynode konstituiert haben. Ich erinnere mich an Ihre Energie und Freude, Aufbruchstimmung war zu spüren. Daran wollen wir heute anknüpfen, allerdings unter anderen Bedingungen. Unsere Kirche befindet sich in einem grundlegenden Wandel – jetzt erst recht. Es geht um eine Kirche in der Transformation. Ich rede bewusst nicht von einer Kirche in der Krise. Aber von Kirche in der Zeit, mit den Fragen der Zeit: Kirche im Übergang.

Niemand hat sich noch im Februar vorstellen können, wie schnell und umfassend sich unser aller Leben in den darauffolgenden Wochen und Monaten verändern würde. Allem voran steht die dramatische gesundheitliche Bedrohung der Bevölkerung durch die Corona-Pandemie. Die Schreckensbilder aus Italien sind uns noch vor Augen; Ärztinnen und Ärzte, die entscheiden mussten, wer behandelt werden konnte und wer

sterben musste. Es folgte daraus zur Prävention eine teilweise Einschränkung der Ausübung von Grundrechten, der Shutdown. Dieser wurde von der Bevölkerung in den ersten Wochen in beeindruckender Weise mitgetragen. Das hat für die bisher – im Vergleich mit anderen Ländern – geringere Zahl von Todesfällen gesorgt.

Wir als Kirche haben den Verzicht auf Präsenzgottesdienste und das Aussetzen gemeindlicher Versammlungen mitgetragen und unterstützt. Das haben wir aus christlicher Verantwortung heraus getan und aus Gründen der Liebe zu den Nächsten, gerade auch zu den Vulnerablen. Wir haben aus der Freiheit, die uns das Evangelium schenkt, auf Rechte verzichtet. Dieser Verzicht hat eine Autorität eigener Art.

Wir nehmen bis heute wahr, wie Menschen unter der Pandemie leiden: die an Covid-19 Erkrankten, die in Krankenhäusern – zum Teil einsam – auf Genesung hoffen oder im Sterben liegen, sowie ihre Angehörigen und die Hinterbliebenen der bereits Verstorbenen. Auch unter den Maßnahmen zur Prävention leiden Menschen weiterhin. Wir sehen mit Erschrecken das erhöhte Vorkommen häuslicher Gewalt. Wir sehen die Einsamkeit älterer Menschen durch Wochen der Isolation. Wir wissen von den Belastungen und Herausforderungen für Familien und Kinder, aber auch für Alleinlebende. Viele bedrückt die Sorge um den Arbeitsplatz oder um die wirtschaftliche Existenz. Jeder und jede in unserer Gesellschaft hat eigene Herausforderungen zu bewältigen. An niemandem geht diese Krise ohne Spuren vorbei.

Ein Drängen nach einer neuen "Normalität" wird inzwischen immer wieder laut – und das trotz der fortbestehenden und sich weltweit intensivierenden pandemischen Lage. Manche äußern Unverständnis über die fortgeführte Geltung mancher Maßnahmen. Auch bei uns in der Kirche hören wir solche Stimmen. Doch gibt es inmitten einer Pandemie keinen Grund, Maßnahmen einfach zurückzunehmen, die Menschen schützen und Leben retten. Jeder Schritt einer Lockerung muss überlegt und verantwortlich erfolgen. Dies geschieht ja in diesen Tagen. Neue Richtlinien des Oberkirchenrats tragen den Veränderungen Rechnung. Dramatische Ausbrüche oder gar eine zweite Welle sollen verhindert werden. Wir haben alle gehört, wie einzelne Veranstaltungen zu "Superspreader-Events" werden können: Das soll in unserer Landeskirche nicht geschehen.

Mir liegt am Herzen, dass wir nicht vergessen: Hinter den abstrakten Krankheits- und Todeszahlen stehen einzelne menschliche Schicksale. Daran möchte ich auch heute erinnern. Wir trauern um die Opfer der Corona-Pandemie, in Württemberg und weltweit. Lassen Sie uns ihrer an dieser Stelle gedenken. Herr, schau Du auf sie und ihre Angehörigen. Wir bitten Dich: Sei Beistand. Sei Kraft. Sei Trost.

(Gedenken und Stilles Gebet)

Wir sind gewiss, *"dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes*

noch Tiefes noch irgendeine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn” (Römer 8,38). Amen.

Liebe Synodale, das also sind die neuen Bedingungen, unter denen wir alle leben – und unter denen wir in Landessynode und Oberkirchenrat nun arbeiten. Solange es weder Impfstoff noch wirksame Medikamente gibt, bleibt unser Leben noch in einem besonderen Zustand, vielleicht noch lange Zeit. An dieser Stelle möchte ich an das Bibelwort aus Jeremia erinnern:

“Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie.”

Dieses Wort begleitet mich seit Mitte März. Vor dem Sonntag Okuli mussten wir empfehlen, die Gottesdienste auszusetzen. In diesem Bibelwort höre ich deutlich den Auftrag, für unser Gemeinwesen einzutreten, Verantwortung zu übernehmen und besonnene, dem Leben dienende Maßnahmen zu ergreifen. Gleichzeitig sind wir aufgerufen, alle unsere Bemühungen und das Schicksal unseres Gemeinwesens sowie unsere Nächsten im Gebet vor Gott zu bringen.

Das bezieht sich für uns als Christinnen und Christen nicht auf unser Land allein. Wir sind dankbar, dass unser Land bisher verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen ist. Wir verdanken dies einem guten Krisenmanagement der Verantwortlichen. Wir sind froh über exzellente medizinische Ressourcen in Deutschland, einen wirksamen Sozialstaat, die

Solidarität und Disziplin eines großen Teils der Bevölkerung. Ja, für eine starke Orientierung der Gesellschaft am Wohl der Menschen, vor allen anderen Interessen.

Doch nicht alle haben es so gut wie wir. Als Kirche wissen wir uns der weltweiten Gemeinschaft der Kirchen angehörig und zutiefst verbunden. Unser Mitfühlen und unser anhaltendes Gebet gelten den vielen Menschen, die jetzt in anderen Ländern in großer Gefahr sind: Menschen, die Opfer eines unzureichenden und nicht für alle offenen Gesundheitssystems sind, Opfer einer verantwortungslosen Politik, Opfer von Unmenschlichkeit und Rassismus. Durch die Corona-Pandemie werden diese Strukturen des Unrechts noch verstärkt: Wie unter einem Vergrößerungsglas zeigen sich in dieser Krise weltweit politische und gesellschaftliche Fehlentwicklungen.

Die Lage in anderen Ländern ist darum oftmals katastrophal. Die Präsidentin von *Brot für die Welt* und *Diakonie Katastrophenhilfe*, Pfarrerin Prof. Dr. h. c. Cornelia Füllkrug-Weitzel, hat vor kurzem auf der Kirchenkonferenz der EKD über die internationale Situation und die Lage der Hilfswerke berichtet, die in diesen Ländern engagiert sind: Sie beschreibt extreme Armut, Hungerkrisen, Gewalt und Menschenrechtsverletzungen, dazu kommen völlig unzureichende Möglichkeiten für Infektions-Prävention und medizinische Versorgung (zur Veranschaulichung – es gibt Länder, die insgesamt nicht mehr als ein bis fünf Beatmungsgeräte zur Verfügung haben). Diese Notlagen treffen verheerenderweise mit einer Krise

zivilgesellschaftlichen Engagements zusammen. Diese besteht in den eingeschränkten Wirkungsmöglichkeiten der Organisationen durch Shut- und Lockdowns vor Ort. Auch erleben wir einen massiven Einbruch der Unterstützung durch Spenden.

Kirchen und kirchlichen Einrichtungen, so betont Füllkrug-Weitzel, kommen in dieser Situation eine Schlüsselrolle zu. Denn sie sehen ihren Auftrag in der Unterstützung der Schwächsten. Sie begreifen ihn ganzheitlich als Dienst an Leib (Ernährung, Medizin, Infrastrukturen, ...) und Seele (in der Seelsorge, der Traumabewältigung, Befähigung zur Selbsthilfe, ...), aber auch als gesellschaftliche Anwaltschaft für vulnerable Gruppen. Doch auch hier bedroht der Rückgang von Spenden und Opfergeldern die Fortführung einer stabilen Arbeit. Die großen diakonisch-karitativen Organisationen sind daher auf unsere fortgesetzte Unterstützung aus den Landeskirchen angewiesen (z. B. über Sondermittel und -opfer). Wir als Landeskirche in Württemberg wollen die Lage weltweit im Blick behalten und auch weiterhin Organisationen und Menschen vor Ort unterstützen.

Einige der großen Katastrophen werden Menschen dazu zwingen, ihr Heimatland zu verlassen. Darum wird das Thema Flucht – Gott sei es geklagt! – auch zukünftig von großer Bedeutung sein, auch für unsere Arbeit. Ich danke der Diakonie, die in unserem Land kontinuierlich für Geflüchtete arbeitet und hier Großartiges leistet, ebenso den vielen ehrenamtlichen Initiativen in den Kirchengemeinden.

Wir vergessen dabei auch nicht die Situation von Geflüchteten an den Grenzen der EU. Wir als Kirche und Diakonie machen wieder und wieder auf die katastrophale und unmenschliche Situation der Flüchtlinge in den Unterkünften, besonders in Griechenland, aufmerksam. Wir fordern die Zusammenführung von Familien und den besonderen Schutz für Kinder durch eine Unterbringung außerhalb der Lager. Und wir fordern gute Asylverfahren, die u.a. durch eine Rechtsberatung der Asylsuchenden durch unabhängige Träger wie z.B. die Diakonie möglich werden.¹

Gerade in diesen Zeiten war es auch ein richtiges Zeichen, dem Verein *United4Rescue* (deutsch etwa „Vereint zur Seenotrettung“) beizutreten. Dessen Rettungsschiff *Sea-Watch 4* wartet pandemiebedingt derzeit noch auf seinen Einsatz im Mittelmeer. Vor Kurzem hat Oberkirchenrat Heckel die Bitte an Kirchengemeinden und Gemeindeglieder verstärkt, das Bündnis durch Spenden und Opfer zu unterstützen. Die ARD hat kürzlich über das Projekt ausführlich und fair berichtet; in der Folge der Sendung wurden eine zunehmende Unterstützung und Spendenbereitschaft beobachtet.

Ja, liebe Synode, wir bleiben verbunden mit unseren Geschwistern weltweit, mit den internationalen Kirchen und Gemeinden, besonders natürlich unseren Partnerkirchen und Partnerorganisationen! Unsere kirchlichen Hilfswerke (GAW, EMS, Hoffnung für Osteuropa, Brot für die Welt und Diakonie Katastrophenhilfe) und den Weltdienst des Lutherischen Weltbundes unterstützen wir, damit sie auch jetzt wichtige Hilfe leisten

können. Gerade in Zeiten der Not zeigt sich, ob und wie wir unsere Verbundenheit und geistliche Gemeinschaft mit unseren Geschwistern leben. Sind wir – auch angesichts eigener Beschränkungen – bereit, ihnen weiterhin verlässlich und kontinuierlich finanziell zur Seite zu stehen? Ich sage: Ja – das sollen und wollen wir sein!

Natürlich zeigt sich Nächstenliebe auch hier bei uns: im Umgang miteinander, in der Kirche und der Gemeinde, in der Gesellschaft, im privaten Umfeld. Besonders danke ich heute denen, die in ihrem Verhalten auf andere Rücksicht genommen haben. Danke an die, die sich für andere eingesetzt haben, die soziale Strukturen und die Versorgung von Menschen an Leib, Geist und Seele aufrechterhalten und ermöglicht haben. Und danke auch allen, die in ihrem privaten Umfeld füreinander da waren und zusätzliche Aufgaben übernommen haben: zum Beispiel Eltern, die kurzfristig im Homeschooling eingesprungen sind oder die, die die Versorgung älterer Familienmitglieder übernommen haben. Als Kirche waren wir durch unsere diakonischen Dienste nah bei den Menschen. Mit großer Hingabe wurden Menschen unter all den schwierigen Bedingungen gepflegt und betreut. Wohnungslose wurden mit Essen versorgt, trotz Schließung mancher Dienste. Die Mutmacher-Soforthilfe gibt schnelle Nothilfe. Letzte Woche konnte ich in einer Diakonischen Bezirksstelle mit einer Familie mit fünf Kindern sprechen: der Vater von heute auf morgen in Kurzarbeit, da fehlen 500 Euro im Monat. Die Mutter erzählt, wie froh sie war, als die Mitarbeiterin in der diakonischen Sozialberatung ihr eine schnelle, unbürokratische finanzielle Hilfe anbieten konnte.

Ich möchte Menschen in allen Bereichen unseres gemeinschaftlichen Lebens großen Dank aussprechen:

den Pflegekräften, den Ärztinnen und Ärzten, den Mitarbeitenden in Laboren und im Gesundheitswesen, den Klinikseelsorgenden, den Angestellten im Lebensmittel- und Einzelhandel, Menschen in der Landwirtschaft, den Verkehrsbetrieben, Energie- und Versorgungsunternehmen, bei der Polizei, den Mutmacherinnen und Trostspendern in Kultur, Gesellschaft und Kirche, den tatkräftigen Helferinnen und Helfern in der Nachbarschaft, Kirchengemeinde und Diakonie den Verantwortlichen und Besonnenen in der Politik.

Und ich danke ausdrücklich auch denen, die in unserer Kirche in Krisenstäben im Oberkirchenrat mitgearbeitet haben. Nun geht es darum, die kommende Zeit mit Blick auf das Wohl der Allgemeinheit gut zu gestalten.

“Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie.”

Das Gebet wiederum stellt auch diese Krise in eine Beziehung zu Gott. Nun drängt es, auch nach theologischen Deutungsmöglichkeiten der Krise zu fragen.

Versuche, die Pandemie umfassend zu deuten, füllten zahlreiche Veröffentlichungen der vergangenen Wochen. Sie haben in den säkularen und kirchlichen Medien eine Debatte in Gang gesetzt. In Rede und

Gegenrede wurde versucht, die ersten Erfahrungen einzuordnen.

Es gibt darunter einige sehr allgemeine, umfassende Gesamtdeutungen. Viele von ihnen nehme ich als vorschnell und unzutreffend wahr. Fragen jedoch, die uns den Blick schärfen auf wichtige gesellschaftliche und kirchliche Grundthemen, sind von großer Bedeutung für uns: so zum Beispiel die Frage nach der Rolle der Kirche in einer Gesellschaft, die viele Bezugspunkte zur Kirche verloren hat und nach dem Verhältnis von Staat und Kirche. Dann die Frage nach den Grundwerten einer praktischen Ethik. Wir stellen die Frage nach einer sozialen Gesellschaft und nach internationaler Verbundenheit und Solidarität.

Im Folgenden will ich einige Fragen, die mir besonders wichtig scheinen, theologisch-ethisch bedenken.

1) Zum Begriff der “Systemrelevanz” im Blick auf die Kirche

Zu Beginn des Shutdowns wurde in Politik und Medien die Frage gestellt: Wer oder was ist ‘systemrelevant’? Hinter dieser Frage stand die ganz praktische Abwägung der politisch Verantwortlichen, welche Strukturen und Leistungen für die Aufrechterhaltung der *äußeren Notversorgung* unserer Gesellschaft dringend notwendig sind und welche nicht.

Die Frage nach der ‘Systemrelevanz’ birgt dennoch ein Irritationspotenzial. Und zwar – aus meiner Sicht – nicht jenes, dass wir als Kirche aus bestimmten Gründen nicht in die erste Reihe der systemrelevanten

Institutionen gestellt wurden. Dagegen haben sich manche laut zur Wehr gesetzt – das war nicht immer konstruktiv, da nicht sachgemäß und unangemessen.

Irritationspotenzial hat die Außenwahrnehmung der Kirche in der Krise aber doch. Denn sie fordert uns heraus, unser Selbstbild mit dem Außenbild der Gesellschaft abzugleichen. Und dabei wahrzunehmen, was von Kirche – zurecht oder zu Unrecht – *erwartet* wird und was von ihr *nicht (mehr)* erwartet wird. Was ist unser eigener Anspruch? Wir leisten in unserer Diakonie einen wesentlichen Beitrag zum Sozialsystem in Baden-Württemberg in erheblichem Umfang. Das sollten wir nicht vergessen und auch öffentlich daran erinnern.

Schmerzlich ist aber vor allem eine Einsicht, die manche in unserer Volkskirche verdrängt haben: Wir sind Teil einer Gesellschaft, deren Säkularisierung weit fortgeschritten ist. Was heißt das dann für unseren Auftrag: “Suchet der Stadt Bestes”?

Zwei Erkenntnisse sind mir wichtig.

Die erste: Kirche ist nicht nur *dort* bedeutsam, wo die Gesellschaft oder die Politik ihr diese Bedeutsamkeit bescheinigen. Kirche ist auch nicht nur *deshalb* bedeutsam, *weil* die Gesellschaft oder die Politik ihre Bedeutsamkeit bescheinigen. Kirche gründet sich auf Jesus Christus und hat in der Verkündigung des Evangeliums ihren zentralen Auftrag, nicht durch die Resonanz der Gesellschaft.

Ich hinterfrage darüber hinaus generell den Begriff der "Systemrelevanz". Wer diesen Begriff verwendet, der begreift eine Gemeinschaft gewissermaßen als eine Maschine, für deren Funktionieren es bestimmte Teile braucht. Nur diese werden dann als 'systemrelevant' beschrieben. Mein Bild der Gesellschaft ist ein anderes. Sie ist ein organisches Ganzes, das auf verschiedenste Beiträge aller ihrer Kräfte angewiesen ist, um lebendig zu bleiben. Und eben auch auf solche, die allzu schnell aus dem Blick geraten: Bildung, Kultur, Theater, Musik, Sport, öffentliche Räume des Streits, des Dialogs, des Gedenkens und auch des Feierns, die Begegnungen zwischen Menschen ermöglichen - die Leben, Lieben und Loben ermöglichen. Dazu gehören besonders die Räume, an denen Menschen miteinander beten und Gottes Wort hören können. Hier mache ich mir große Sorgen, das all das, was als "nicht systemrelevant" zur Seite geschoben wurde, eines Tages vielleicht fehlen wird. Dieses Fehlen würde Langzeitschäden im gesellschaftlichen Umgang hinterlassen.

Als Kirche sind wir also stets lebendiger Teil dieses organischen Ganzen. Wir kommen eben nicht erst dann ins Spiel, wenn die Gesellschaft an ihre Grenzen kommt. Natürlich sind wir auch und gerade dann nah bei den Menschen, wenn es darum geht, mit Sinnlosigkeit, Krisen, Krankheit, Tod umzugehen und sie zu bewältigen. Aber wir wirken auch mitten im Leben, die *ganze* Existenz gehört dazu. Deshalb spreche ich mit anderen von einer *Existenzrelevanz*. Als lebendiger Teil der Gesellschaft gestalten wir das Ganze mit. Und wir glauben, dass auch das, was wir nicht wiegen,

zählen und in Tabellen abbilden können, für unser Leben wesentlich, eben existenzrelevant ist. In unserer Gesellschaft, aber auch in der Kirche.

Mein zweiter Punkt ist die Aufforderung, als Kirche *in* der Welt die Wahrnehmung der Kirche *durch* die Welt ernstzunehmen. Sie ist ein Spiegel unserer öffentlichen Wirksamkeit, zu der wir berufen sind. Eine dieser Wahrnehmungen, wo und wie nach der Kirche gefragt wurde, hat mich berührt und nachdenklich gemacht: Viele Menschen, die sonst eine große Distanz zu unserer Kirche haben, erwarten wieder sehr fundamental etwas von kirchlicher und diakonischer Arbeit. Nämlich, dass wir für die da sein sollen, die sonst keine Stimme haben und übersehen werden. Das ist eine Kompetenzzuschreibung ganz eigener Art, die sich mit unserem Selbstverständnis als Kirche Jesu Christi deckt. Das kann ein Prüfkriterium sein, an dem sich unsere Initiativen und Impulse künftig orientieren. Dem widmet sich ja auch intensiv das, was wir in unserer kirchlich-diakonischen Arbeit tun: z.B. im Einsatz für alte und junge Menschen, für Menschen mit und ohne Behinderung, für Familien und Alleinerziehende, Flüchtlinge, Menschen ohne Obdach und die, die in der Gesellschaft keine Stimme haben.

Anmerkung zur Entwicklung der Kirchenmitgliedschaft

Lassen Sie mich aus aktuellem Anlass hier noch Folgendes anmerken: Die Zahlen der Kirchenaustritte in ganz Deutschland bei beiden großen Kirchen sind für uns aufs Neue bitter und zugleich herausfordernd.

542.000 Menschen haben die beiden großen Kirche in Deutschland 2019 verlassen. In Württemberg haben 24.109 Menschen, das sind 1,8 % der Mitglieder, unserer Landeskirche den Rücken gekehrt. Dies ist bitter. Denn es nehmen zwar viele Menschen in diesem Land die Arbeit der Kirche, die diakonische Arbeit, aber auch das Engagement der Kirchengemeinden vor Ort durchaus wahr. Sie sehen aber dennoch keinen Grund, der Kirche in ihrer institutionellen Gestalt anzugehören. Anderen, oftmals auch jüngeren Menschen, ist oftmals überhaupt nicht bewusst, wie weitgehend und vielfältig die Kirchen in dieser Gesellschaft eingebunden und wirksam sind. Wieder andere Menschen sehen keine lebensdienliche Relevanz in der Verkündigung unserer Kirche.

Dies ist eine ungeheure geistliche Herausforderung. Monokausale Erklärungen mit schnellen Lösungsvorschlägen helfen hier nicht. Andererseits wollen wir diese Entwicklungen nicht einfach hinnehmen, stumm erleiden. Wir werden in unserer Landeskirche untersuchen, warum Menschen austreten, indem wir sie nach ihren Austrittsgründen befragen und sie anhören. Auch mit dem Wiedereintrittstelefon haben wir gute Erfahrungen gemacht; mir liegt daran, dass diese Arbeit fortgeführt wird. Es ist aber auch wichtig wahrzunehmen, wo und wie es gelungen ist, gerade jetzt der Corona-Zeit, einen großen Personenkreis anzusprechen. Unser Auftrag und unser Ziel bleibt, Menschen für den Glauben an Jesus Christus zu gewinnen. Sie sollen erfahren, dass Kirchengemeinden, dass Kirche ein Ort zum Leben ist. Sodass sie sagen: Hier gehöre ich dazu!

2) Menschenbild und Generationengerechtigkeit

Schon vor Ausbruch der Pandemie wurde durch die Fridays-for-Future-Bewegung deutlich, dass die Herausforderungen des Klimawandels neben einer ökologischen Dimension auch eine gesellschaftliche Aufgabe mit sich bringen. Zum Zusammenhalt der Gesellschaft beizutragen ist uns auch als Volkskirche ein Anliegen. Dazu gehört das Miteinander der Generationen und verschiedener Gesellschaftsgruppen. Derzeit macht mir das Auseinanderdriften der einzelnen Alters- und anderer Bevölkerungsgruppen Sorgen. Mit der Ausbreitung der Corona-Pandemie wurde sichtbar, dass Menschen unterschiedlicher Generationen, aber auch unterschiedlicher gesundheitlicher Voraussetzungen verschieden hohe Risiken für einen schweren Erkrankungsverlauf tragen. Ich war beeindruckt, mit wieviel Nachdruck die politische Exekutive einem utilitaristischen Gesellschaftsbild eine Abfuhr erteilte. Darin würde der Mensch nach seinem gesellschaftlichen Nutzen bewertet. Dass wir in unserem Land bislang keine ernstzunehmende Debatte um den Wert eines Menschen, gleich welchen Alters und Gesundheitszustandes, führen mussten, sollte uns allerdings nicht beruhigen. Wir müssen weiterhin mahnen und wachsam und engagiert bleiben.

Die größten Verlierer *während* der Pandemie sind die ganz Jungen und die ganz Alten: die Kinder ohne Kita, Schule, Sport und Bewegung sowie Gemeinschaft und die Seniorinnen und Senioren ohne

Verwandtenbesuche, ohne Bewegungsfreiheit und soziale Teilhabe, die oftmals leben wie weggesperrt. Kirche und Diakonie erheben die Stimme für diese Gruppen besonders laut. Ich bin dankbar, dass wir in unserer Landeskirche sowohl in der Seniorenarbeit, in unseren Diakoniestationen und diakonischen Pflegeheimen als auch in der Expertise für die Arbeit mit Kindern und in Kindertagesstätten, mit Jugendlichen und Familien, z.B. in der Jugendhilfe, nachhaltig engagiert und gut aufgestellt sind. Gleichzeitig tragen die, die für diese Gruppen mitsorgen, privat und im Beruf momentan enorme Lasten.

Anmerkung zu den Unruhen in Stuttgart

Die Krawalle in Stuttgart am vorletzten Wochenende haben viele Diskussionen ausgelöst. Zurecht haben viele die Gewalttaten und Plünderungen, vor allem gegenüber Personen, mit aller Deutlichkeit öffentlich abgelehnt. Das tue ich hiermit auch. Meine Verbundenheit gilt den Polizeibeamtinnen und -beamten, die dieser Gewalt begegnen mussten – besonders denen, die bei den Krawallen verletzt wurden. Ich habe in der letzten Woche in einem Schreiben an den Polizeipräsidenten der Stadt Stuttgart und seinen Stellvertreter diese Verbundenheit zum Ausdruck gebracht. Mein Dank gilt an dieser Stelle auch den Polizeiseelsorgern unserer Landeskirche.

Ich frage, wie eine Präventivarbeit mit jungen Erwachsenen, die für diese Art von Gewaltausübung offen sind, gelingen kann. Ich verweise auf die guten Erfahrungen, die während des zweijährigen Pilotprojekts der EVA

(Evangelische Gesellschaft) und der EJUS (Evangelische Jugend in Stuttgart) Stuttgart gemacht wurden. Damals waren Sozialarbeiter und Streetworkerinnen gemeinsam mit der Polizei an den brisanten Stellen in guter Kooperation zur Schlichtung im Einsatz. Leider wurde dieses sehr erfolgreiche Kooperationsprojekt durch die öffentliche Hand nicht ausreichend finanziell unterstützt, während man nun händeringend nach Handlungsmöglichkeiten sucht. Man sieht: Investitionen in nachhaltige Arbeit sind sinnvoll und notwendig.

Kommen wir zurück zu der Frage nach dem Zusammenhalt der Gesellschaft auch im intergenerationalen Miteinander. Wenn diese Krise *vorüber* sein wird, werden sich gerade die jüngeren sowie die kommenden Generationen mit den wirtschaftlichen Folgen auseinandersetzen müssen. Sie werden die Herausforderung haben, den Sozialstaat zu erhalten und zu stärken und beim Wiederaufbau der Wirtschaft die Schonung der Ressourcen und der Umwelt zuvorderst mitzubedenken. Auch diese Themen bewegen wir als Kirchen schon lange. Gerade jetzt bringen wir das Anliegen der Bewahrung der Schöpfung engagiert in die Debatte ein; zu Pfingsten wurde diesbezüglich ein Brief der Umwelt- und Entwicklungsbeauftragten an die Landesregierung versandt.

3) Kernauftrag der Kirche: Seelsorge in Heimen, Krankenhäusern und zu Hause

Die Frage nach Seelsorge unter den Bedingungen der Pandemie

besonders dringlich. Wir haben bedrückende Situationen erlebt. So konnten Menschen in der ersten Phase der Pandemie ihre kranken oder sterbenden Angehörigen in den Krankenhäusern nicht begleiten und auch der Zugang für Seelsorgende war sehr beschränkt. Seelsorge konnte zwar damals aufgrund fehlender Schutzmittel oftmals nicht leiblich-persönlich erfolgen. In der Handreichung "AltenPflegeHeimSeelsorge in veränderten Zeiten" von Mitte Mai 2020 wird über die Erstphase berichtet: "Trotz dieser schmerzhaften [Besuchs-]Beschränkungen gelang es der APHS in fast allen Fällen den Kontakt zu ihren Häusern aufrechtzuerhalten und – wenn auch in begrenztem Umfang – seelsorglich tätig zu sein." Diakoninnen und Diakone, Pfarrerinnen und Pfarrer waren auf kreative Weise in Heimen und Krankenhäusern präsent. Die Handreichung AltenPflegeHeim-Seelsorge betont: "Ein seelsorgliches Hand-in-Hand-Bündnis mit den Pflege- und Betreuungskräften war dabei von hohem Wert."

Inzwischen wurden für die AltenPflegeHeim-Seelsorge neue Regeln unter Einhaltung der notwendigen Schutzmaßnahmen zum Infektionsschutz als unabdingbarer Grundlage seelsorglicher Arbeit ausgearbeitet. Möglichkeiten der Seelsorge in Heimen sind derzeit der Kontakt über das Telefon oder, wo vorhanden, über digitale Medien, über Kurzgespräche in für Besuchende eingerichteten Begegnungsräumen – wo dies mit den Kapazitäten des Personals in den Heimen vereinbart werden kann. Der Besuch bei bettlägerigen Menschen wie auch die Sterbebegleitung muss in Schutzkleidung stattfinden, bei mit Covid-19 Infizierten in Vollschutzkleidung. Auch Gottesdienste in Pflegeheimen können in enger

Absprache mit dem Heim stattfinden, sofern die Bedingungen gegeben sind, die besonderen Schutzbestimmungen einhalten zu können.

Seelsorge an Menschen in AltenPflegeHeimen ist ein wichtiger und wertvoller Dienst, der auch gerade in Krisenzeiten nicht aufgehört hat und nicht aufhören wird. Leider gab es öffentliche Äußerungen, die dieses Bild offenbar nicht in Gänze wahrnahmen. Und wir sollten auch nicht vergessen: Die Pflegekräfte in den Diakoniestationen und in den Pflegeheimen haben die Menschen auch seelsorgerlich begleitet. Erst recht waren sie diejenigen, die den Menschen auch im Sterben nahe waren.

Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich all denen danken, die Dienst an pflegebedürftigen Menschen in Einrichtungen, Kliniken und Pflegeheimen getan haben und weiterhin tun: Pflegerinnen und Pflegern, Ärztinnen und Ärzten, Betreuerinnen und Betreuern und auch ehren- und hauptamtlichen Seelsorgenden. Ihre Arbeit in den letzten Wochen war hart und auch oft sehr schmerzvoll, wenn das Virus in den Heimen grassierte und mancherorts viele Opfer forderte. Danke für all Ihre Kraft und Liebe.

Auch über den Klinik- und Heimbereich hinaus war und ist Seelsorge ein wichtiges Thema. Gerade in den Anfangswochen der Pandemie suchten überdurchschnittlich viele Menschen auf diesem Weg Ansprache und Trost. Wir wissen, dass vor allem während des Shutdowns Menschen in seelischer Not waren, bis hin zur Suizidgefährdung. Ich danke darum allen, die – ob in der Gemeinde oder an zentralen TelefonSeelsorge-Stellen – auf diesem Wege ansprechbar waren oder auch aufsuchend den

Kontakt zu Menschen gesucht haben. Sie haben Außerordentliches geleistet. Danke.

4) Die Arbeit der Kirche während der Corona-Pandemie

Dennoch wurde den Kirchen, speziell den Kirchenleitungen, vorgeworfen, öffentlich zu wenig in dieser Situation gesagt zu haben. Selbstverständlich bedarf es angesichts einer solchen Kritik der selbstkritischen Prüfung, wo und wann noch etwas Bestimmtes hätte gesagt werden müssen.

Für die Kirche als Ganzes lässt sich der Vorwurf, sie wäre in der Krisenzeit unsichtbar geworden, keineswegs aufrechterhalten. Diese Kritik hat zurecht selbst vielfachen Widerspruch erhalten. Auch ich weise sie entschieden zurück. Denn ich sehe, was in den letzten Wochen und Monaten alles unternommen wurde an Außergewöhnlichem, an Kreativem, an Anstrengungen besonderer Art.

Pfarrerinnen und Pfarrern, Kirchenmusikerinnen und -musikern, Gemeindefitarbeitenden, Pflegekräften, Erzieherinnen und Erziehern in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche und allen anderen Mitarbeitenden im kirchlich-diakonischen Raum möchte ich darum heute sehr herzlich danken. Sie haben sehr viel getan, um Menschen auf vielfältige Weise zu begleiten und zu unterstützen. Sie haben den Auftrag des Evangeliums wahrgenommen, den Nächsten zu sehen und zu begleiten, selbst wenn

Ihnen manche bisherigen Wege in dieser Situation versperrt waren. Die neuen Wege, die Sie gefunden haben, waren nicht selten inspirierend für die Zukunft!

5) Krise der Wirtschaft und der Arbeitswelt und die finanzielle Perspektive der Landeskirche

Für die Menschen in Württemberg hat sich im Blick auf die Arbeitswelt vieles massiv und schlagartig verändert. Zahllose Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind stark von der Krise betroffen. Firmen in Württemberg mussten bereits zu Beginn der Corona-Pandemie Kurzarbeit anmelden oder Beschäftigte entlassen. Selbstständigen droht die Insolvenz, Betrieben bricht die Geschäftsgrundlage weg. Das alles fordert uns seelsorglich und diakonisch heraus. Es wird auch finanzielle Auswirkungen auf unsere Kirche haben.

Trotzdem überlegen wir: Wie können wir Menschen praktisch unterstützen? Die Gespräche mit Unternehmerinnen und Unternehmern, Vertretern der Gewerkschaften und des Einzelhandels führe ich, führen wir fort. Ich will die Sorgen der Unternehmen wahrnehmen. Dabei setze ich mich dabei natürlich ein für den Erhalt möglichst vieler Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das wollen wir natürlich auch innerhalb von Kirche und Diakonie tun.

Ich verstehe die prekäre Situation insbesondere des Handels. Dennoch

werden wir als Kirche für ein Anliegen in diesem Zusammenhang weiterhin mit Festigkeit eintreten: Der arbeitsfreie Sonntag darf nicht Interessen von Handel und Verkauf geopfert werden. Der Sonntag ist der Schöpfung als Ruhetag gegeben und bleibt uns heilig. Er darf keine Verfügungsmasse der Gesellschaft je nach Kassenlage sein. Die Kirchen haben in dieser Krise sehr viel Solidarität und Verantwortung gezeigt, sie werden aber das Sonntagsgebot nicht zur Disposition stellen. Dies soll jeder und jede, die solche Forderungen heute stellen, wissen.

Es gehört zu den Folgen dieser Krise, dass sie auch der Kirche und ihrer Diakonie wirtschaftlichen Schaden zufügt. Das wird sowohl im Bericht zur Strategischen Planung der Landeskirche als auch in anderen Berichten vor der Synode sehr deutlich werden. Wir werden uns neu mit den finanziellen Spielräumen unserer Kirche beschäftigen müssen. Der enger gewordene Finanzrahmen verlangt eine verantwortliche und dringliche Verständigung über Schwerpunkte unserer Arbeit. Bereits die Strategische Planung der letzten Jahre hat zwischen Oberkirchenrat und Synode mit dem Programmwort *“Weniger ist mehr”* einen Konsens erzielt. Diesen werden wir weiter konkretisieren. Konsens besteht darin, dass die Kirche mit ihrem Handeln ihrem Auftrag der Verkündigung des Evangeliums zu entsprechen hat.

6) Gottesdienst und Gemeinde

a) Die Zukunft des Gottesdienstes

Der Gottesdienst in seinen verschiedenen Formen spielt gemäß der Konzentration der Strategischen Planung als wichtige Form der Verkündigung und des Lebens als Gemeinschaft weiterhin eine zentrale Rolle. Der Rückblick auf die erste Phase der Corona-Krise lässt einige Erkenntnisse im Blick auf den Gottesdienst und seine Zukunft zu.

Für mich war es bedrückend, dass Sonntagsgottesdienste plötzlich nicht mehr in vertrauter Form stattfinden konnten – wie auch die Festgottesdienste an Ostern und Pfingsten. Dass wir Gottesdienste in leibhafter Gestalt aussetzen mussten, ist für die Kirche ein epochaler Vorgang. Das wurde auch gesamtgesellschaftlich bemerkt und thematisiert. Historisch gibt es für diesen Vorgang nur eine Parallele, nämlich das Verbot von Gottesdiensten während früherer Seuchen, etwa der mittelalterlichen Pest.

Es geht bei dieser Regelung um das Verbot von öffentlichen Veranstaltungen allgemein zum Schutz vor Infektionen. Doch sind wir als Religionsgemeinschaften sensibel für jede Art von Beschränkung, die die Freiheitsrechte von Einzelnen, aber auch der Kirche beschneidet. Auch heute bleiben wir aufmerksam für die notwendige Balance zwischen individuellen Freiheitsrechten und der Verantwortung für andere.

Theologisch provozieren die wochenlange Aussetzung von Präsenz-

Gottesdiensten und die nun sehr eingeschränkt stattfindenden Gottesdienste viele Rückfragen an ein Verständnis des Gottesdienstes als Mitte der Gemeinde. Schon vor der Krise wussten wir: Sonntägliche Gottesdienste spielen in der gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung jenseits von großen Eventgottesdiensten und Festen offensichtlich nur eine geringere Rolle. Dem Besuch nach zu urteilen, trifft das auch auf Kirchenmitglieder zu: Durchschnittlich besuchen nur rund 5 Prozent von ihnen einen Sonntagsgottesdienst. Allerdings – das kam in der Krise wieder neu zum Ausdruck – ist eine verlässliche öffentliche Gottesdienstkultur für viele, auch für Nicht-Kirchenmitglieder, wichtig. Sie ist mit ihren Fest- und Sonntagszeiten ein Angebot zur Rhythmisierung des Alltags, in dem nur wenige kollektive Zeitrhythmen zur Verfügung stehen. Zu Beginn des Shutdowns haben wir zu liturgisch-geistlichen Angebote eingeladen. Viele Menschen haben am Abend zeitgleich gesungen, gebetet, Kerzen angezündet oder auch durch Beifall den Dank an die Menschen in Medizin, Pflege und Handel zum Ausdruck gebracht. Sicher wurden diese auch aufgrund ihres rhythmisierenden Charakters weithin angenommen.

Zum Gottesdienst gehört die Kirchenmusik. Bis heute erleben wir die starken Einschränkungen in diesem Bereich als besonders schmerzhaft, insbesondere den fehlenden Gemeindegang. Diese Schutz-Maßnahmen haben bei Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusikern zu Reaktionen und Rückfragen geführt. Das Verhältnis von gesprochenem Wort und der musikalischen Form der Glaubensverkündigung wurde thematisiert. Ich möchte noch einmal deutlich sagen: Musik ist integraler Bestandteil des

Gottesdienstes, wichtiger Teil der Verkündigung. Sie gehört zum Kern unseres Auftrags. Und wir wissen und erleben auch in diesen Tagen, wie stark und tröstend die Kraft der Kirchenmusik in ihren vielfältigen Formen in jedem Gottesdienst ist, besonders auch an den großen Festen unserer Kirche. Wir wissen zudem, wie viele auch kirchlich distanzierte Menschen über Konzerte und kirchenmusikalische Veranstaltungen in Kontakt mit der Botschaft des Glaubens kommen.

An dieser Stelle sage ich meinen herzlichen Dank allen Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusikern, die mit Kreativität das Beste aus der schwierigen Situation gemacht haben. Sie haben selbst und auch gemeinsam mit freien Künstlerinnen und Künstlern, die dadurch in einer Notlage unterstützt wurden, den Menschen so viele künstlerisch wertvolle, stärkende Beiträge geschaffen. In dieser Zeit sind sie so notwendig wie das tägliche Brot. Ich freue mich schon jetzt darauf, wenn die Kirchenmusik nach dem Wegfall der Einschränkungen wieder mit voller Kraft wirken kann.

Einen existentiellen, schmerzlichen Verlust und Einschnitt stellten weiterhin die Beschränkung der Feier von Kasualien, insbesondere der Trauergottesdienste dar. Wenn zu Beginn der Krise Verstorbene mit nur wenigen zugelassenen Angehörigen und Trauergästen bestattet werden konnten, hat das zu Schmerz und Verzweiflung beigetragen, erst recht, wenn diese Trauerfeiern einer Krankheitszeit folgten, in der Angehörige den sterbenden Menschen nicht besuchen konnten. In der Anfangszeit

der Beschränkungen konnte es geschehen, dass selbst nahe Verwandte nicht von einem Verstorbenen Abschied nehmen konnten – Enkel, Geschwister, Schwiegerkinder, Kinder. Diese Situation war schwer zu ertragen. Es war gut, dass die Eindämmung des Infektionsrisikos und eine humane Praxis recht bald in ein angemesseneres Verhältnis gesetzt werden konnten. Dafür habe ich mich zusammen mit den Bischofskollegen in Baden-Württemberg nachdrücklich eingesetzt.

Es bleibt festzuhalten: Gottesdienste, gerade auch Kasual-Gottesdienste, bleiben eine zentrale Weise unserer Begleitung der Menschen auf ihrem Lebensweg. Unter Corona-Bedingungen und darüber hinaus wird sich die Vielfalt ihrer Formen noch erweitern. Damit komme ich zu einem Punkt, der mich in der Krisenzeit sehr gefreut und ermutigt hat.

b) Gottesdienst(e) der Zukunft

Die Aussetzung von Gottesdiensten hat uns in einer Zeit erreicht, in der wir die Veränderungen des sonntäglichen Parochial-Gottesdienstes ohnehin schon intensiv wahrnehmen und mit neuen Gottesdienstformaten experimentieren. Die Corona-Krise wirkte als Beschleuniger dieses innovativen Handelns und Erprobens.

Die meisten der nun neu entstandenen Formate nutzen natürlich digitalisierte Kommunikationswege. Digitale Kommunikation hat uns in Zeiten der räumlichen Distanzierung das Kontakthalten ermöglicht. Wir haben

neue Formate erprobt und darin Kompetenzen entwickelt. Doch nicht jeder digital übermittelte Gottesdienst schöpft die Chancen digitalisierter Kommunikation bereits aus. Denn diese liegen vor allem in Möglichkeiten verstärkter Interaktion und Partizipation der am Gottesdienst Teilnehmenden. Hier können wir weiter lernen, und ich ermutige Pfarrerinnen und Pfarrer sowie andere Haupt- und Ehrenamtliche ausdrücklich dazu! Zugleich sind auch Grenzen mancher Formate deutlich geworden. So ist die Kommunikation per Videokonferenz je nach Teilnehmerzahl und Qualität des WLANs zum Teil schwerfällig und formal – und eher wenig geeignet für lebendige Debatten und die Behandlung komplexer Problem-lagen.

So sehr durch die Digitalisierung überregionale Formate vorhanden und auch gefragt waren, hat sich doch auch ein neuer Fokus auf die Ortsge-meinde ergeben. Die Parochie hat sich in der Krise als ein sinnvoller und tragfähiger Bezugsrahmen herausgestellt. Denn sie ermöglicht solidari-sches, verlässliches Handeln vor Ort (sichtbar wurde dies beispielweise in den vielen Formen nachbarschaftlich-gemeindlicher Hilfe). Auch digi-tale Kommunikation lebt von dem Vertrauen, das sich in persönlichen Be-ziehungen aufgebaut hat. In allem haben wir neue Gemeinschaftserfah-rungen gemacht.

In der letzten Woche ist eine Untersuchung veröffentlicht worden, die auch württembergische Umfrageergebnisse einschließt. Sie untersuchte digitale Gottesdienstangebote in der Zeit, in der keine Präsenz-

Gottesdienste in Kirchenräumen stattfinden konnten. Die Studie belegt, was viele von Ihnen sicher auch in Ihren Gemeinden erlebt haben: dass neben analogen Angeboten digitale Verkündigungsformate einen regelrechten Boom erfahren haben. Die Studie belegt, dass 81 % aller Gemeinden in Württemberg solche digitalen Verkündigungsformen während der Krise angeboten haben. Dieser Wert ist deshalb so beeindruckend, weil zuvor 78 % aller Gemeinden vor Corona solche Angebote nicht besaßen. Das ist eine Steigerung um etwa 60 %! Die Reichweite dieser Angebote war in vielen Fällen deutlich höher als bei vergleichbaren analogen Gottesdiensten. In Zukunft wird es darum gehen, beide Formen klug und mit Blick auf Reichweite und Ressourcen zu verbinden; Direktor Werner wird dies in seinem Bericht zur Strategischen Planung ausführen. Die Diskussion, die dazu in unserer Landeskirche geführt wird, erlebe ich als ausgesprochen engagiert und zukunftsweisend.

Dabei bleibt die Frage nach leiblicher Gemeinschaft wichtig: Gottesdienste und in besonderer Weise Abendmahlsfeiern sind Antworten auf das existentielle Bedürfnis nach Gemeinschaft. Zur von Gott gestifteten Gemeinschaft finden Menschen in Gottesdiensten zusammen. Dort erleben sie diese Gemeinschaft. Diese Gemeinschaft kann viele Formen annehmen und ist nicht auf Kirchenräume beschränkt. Gleichwohl zeigt uns die Corona-Pandemie, wie elementar die leibliche Dimension der Gemeinschaft ist. Christliche Gemeinschaft lebt von beidem: der leiblichen, konkreten Verbundenheit vor Ort und von einer grenzüberschreitenden Ökumene. In diesem Zusammenhang verweise ich auf den Bericht des

Theologischen Ausschusses am Samstag zum Abendmahl; dort werden wir das Thema ausführlich diskutieren können. Wenn wir künftig über digitale und analoge Gottesdienstformate sprechen, so ist mein Wunsch, dass wir darüber nachdenken, wie unsere Gemeinden noch stärker als bislang zu Orten gelebter Gemeinschaft werden können.

7) Zu den theologischen Deutungen der Pandemie

Eine Frage wurde in letzter Zeit häufig gestellt: Ist die Pandemie eine Strafe Gottes? Dazu ist sowohl von kirchlicher Seite als auch in den allgemeinen Medien manches gesagt und veröffentlicht worden. Und daran schließen sich weitere Fragen an. Wie in einem Zeitraffer lassen sich viele aus der Kirchengeschichte bereits bekannte Debatten und große altbekannte theologische Lehr- und Leitsätze wiederentdecken: die Frage nach einem richtenden oder strafenden Handeln Gottes, die Frage nach der Rolle Gottes im Blick auf das Leid der Welt, die Frage nach der Rolle des Menschen in den Zusammenhängen der Pandemie und nach seiner Haltung zur geschöpflichen Mitwelt.

Wir bringen die Fragen und Erlebnisse unserer Welt, unseres Lebens immer wieder vor Gott: im Gebet, im Fragen, im Loben. Die Psalmen führen uns in dieser Haltung vor Gott. Aber auch der Satz des Propheten tut es: *“Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie...”*

Das Fragen nach höheren Ursachen einer Krise ist verständlich. Immer

dann, wenn ein großes Unglück über uns Menschen hereinbricht, stellen wir uns Fragen nach dem Warum. Es erleichtert uns, wenn wir Ursachen finden können oder zumindest eine Erklärung. Diese Fragen sind in manchen Bereichen sehr sinnvoll, etwa in der Medizin, der Virologie oder der Umweltforschung. Sie können, zumindest teilweise, auch beantwortet werden.

Es gibt aber Fragen, die in einen *anderen* Sinn- und Lebenszusammenhang führen. Warum müssen Menschen leiden? Warum greift Gott nicht noch ganz anders ein? Das sind Fragen nach Gott, seinem Wesen, seinem Geheimnis, seiner Präsenz und seinem Abgewendetsein. Diese Fragen sind wie Hiobs schwärende Wunden. Sie klagen an, sie fordern eine Resonanz.

Wie haben wir als Kirchen in der Krise darauf geantwortet? Mein Eindruck war: Als Kirche waren wir stark in dem, was *Folge* unseres Glaubens ist: Wir setzen uns ein, wir trösten, wir sind solidarisch und hilfsbereit.

Aber was ist mit dem Glauben *selbst*? Wird er nicht durch eine Pandemie erschüttert? Wir sollten diese Frage ernsthaft zulassen. Und dabei gerade als Christen und als Kirche unseren Platz bedenken: Wie Hiob stehen wir nicht am Regiepult des Lebens und wägen selbst maßvoll Glück und Leid ab. Sondern wir sitzen dort, wo Hiob sitzt – auf der Seite der Empfangenden. Wenn die Kirche diesen Platz einnimmt, ist sie am

richtigen Ort. Sie wird *mit* den Kranken und Sterbenden Leid und Schicksal aushalten. Für Hiob waren die, die bei ihm waren, eine Hilfe in der Not – auch und oft gerade dann, wenn sie geschwiegen haben. Wo wir schweigen, da tun wir es als Zeichen unseres Mitfühlens und der Gemeinschaft mitten im Leid. Wo wir reden, da ist dieses Reden durch das Leiden mit hindurch gegangen. Wir können und wollen das Leiden nicht wegerklären. Wir können aber im Leiden mit und für die Menschen da sein.

Was ist mit den Erklärungen, die ohne genaues Hinsehen die Pandemie und das mit ihr einhergehende Leiden als Strafgericht Gottes erklären? Ich meine, sie gehen über die Menschen in überheblicher Weise hinweg, machen sich selbst zum Richter dieser Welt. Wir aber sind gerufen, das Evangelium Jesu Christi denen weiterzusagen, die gebrochenen Herzens sind. Die Mitte unseres Glaubens ist doch, dass Gott die Welt durch Christus mit sich versöhnt hat. Diese Liebe Gottes nimmt die Schuld und Verstrickung der Menschen ernst. Und er überwindet sie noch und noch – aus Liebe.

Dies bedeutet gleichwohl nicht die generelle Ablehnung der theologischen Rede vom Gericht als solchem. Das evangelische Verständnis vom Gericht Gottes hat aber ein besonderes Merkmal, ich denke an 2. Korinther 5,10: “Denn wir müssen alle *offenbar werden* vor dem Richterstuhl Christi...” Gott ist gut, und wenn er uns richtet, dann um etwas offenbar zu machen, um uns zur Umkehr zu rufen. Es soll durch Gottes

Gericht etwas *erkennbar*, etwas *sichtbar* werden, das uns vorher verschlossen war.

Und das nicht erst am Ende der Zeiten, wenn alle Leidenden und Opfer, aber auch alle Täter in Gottes offenbarem Licht stehen werden. Schon heute deckt das Licht Gottes Unrecht, Gewalt und Menschenverachtung auf. In der Nachfolge Christi sind wir schon hier und jetzt gerufen, uns die Erkenntnis der Wahrheit Gottes zum Anlass für die Umkehr zu nehmen.

Gottes Ruf zur Umkehr, zur Um- und Neugestaltung von Lebensverhältnissen in dieser Welt sollen wir in jeder Lebenssituation vernehmen. Vieles von dem, was das Virus zu einer humanen und globalen Katastrophe macht, trägt die Handschrift von uns Menschen. Wir Menschen sind es, die einen unersättlichen Flächenverbrauch haben, dabei auch vor Regenwäldern und Reservaten nicht Halt machen, in denen Wildtiere mit dem Virus seit langem leben. Wir Menschen sind es, die eine ungezügeltere Globalisierung vorantreiben, die schon lange Unzählige zu Opfern macht.

Wenn wir die Corona-Krise also zum Anlass nehmen, diese Fragen nach dem Warum im Lichte Gottes stellen, finden wir andere Antworten. Unbequeme Antworten, die *unseren* Lebensstil in Frage stellen. Wir stellen uns mit diesen Fragen vor Gott und stellen sie uns einander.

Kirche in der Corona-Krise: Ein erstes Fazit

Wir sehen: Die Corona-Krise gibt uns als Kirche, als Glaubenden, als verantwortlich handelnden Bürgerinnen und Bürgern Impulse. Sie öffnet unseren Blick für die existentiellen Fragen. Wir haben gelernt, "vom Tod umfassen" unser Leben, als Geschenk neu wertzuschätzen. Wir haben unseren Glauben neu entdeckt als Quelle der Kraft, des Trostes und der Geborgenheit sowie als Band der Gemeinschaft. Wir haben aber auch Störungen und Risse gesehen. Konsense, die aufgekündigt wurden, Verdächtigungen und Verschwörungserzählungen, Demonstrationen mit Trittbrettfahrern des Hasses und der Ausgrenzung. Freiheitsproklamationen auf Kosten und dem Rücken anderer. Wir sehen viele unge löste Folgefragen sozialer und gesellschaftlicher Art. *Neu* sehen lernen steht auf dem Programm.

Wir sollen, wir können lernen: eine neue Demut Gott, dem Leben und der Schöpfung gegenüber. Eine Bescheidenheit, die sich in unserem Umgang mit anderen Menschen und auch unserem Planeten widerspiegelt. Wir haben eine Ahnung davon bekommen, dass Einschränkungen kein Verzicht auf bedeutungsvolles Leben sein müssen. Eine „Ethik des Genug“ kann aber dann erst glaubwürdig sein, wenn wir ein *gemeinsames* Genug der Menschen in dieser Welt vorfinden können oder dazu den richtigen Weg eingeschlagen haben. Gott öffne unsere Augen, unsere Herzen, unseren Verstand.

“Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie!”

Weitere Themen

a) Bemerkungen zu einer "Handreichung" des württembergischen Arbeitskreises des Netzwerks *Bibel und Bekenntnis*

Frau Präsidentin, hohe Synode! Kaum eine Frage hat die vergangene 15. Landessynode so sehr beschäftigt wie die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare in einem öffentlichen Gottesdienst. Jahrelang standen sich unvereinbar erscheinende Überzeugungen gegenüber. Nachdem 2017 ein erster Gesetzesentwurf in der Synode nicht die erforderliche Mehrheit gefunden hatte, habe ich mich persönlich für eine Lösung eingesetzt, um die schwierige Gesamtsituation zu befrieden. Die Synode hat im März 2019 mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit die „*Ordnung des Gottesdienstes anlässlich der bürgerlichen Eheschließung zwischen zwei Personen gleichen Geschlechtes (...)*“ beschlossen. Sie hat damit einen Weg eröffnet, der in einer begrenzten Zahl von Gemeinden nach vertiefter Beratung und sorgfältiger Prüfung durch den Oberkirchenrat öffentliche Segnungsgottesdienste ermöglicht. Aktuell sind 173 Gemeinden im Genehmigungsprozess. Bei 25 Gemeinden wurde die örtliche Gottesdienstordnung bereits geändert. Vor wenigen Wochen fand ein erster Segnungsgottesdienst in der Stuttgarter Leonhardskirche statt.

Ich habe in der langen Debatte, die der Annahme des Gesetzes vorausging, noch einmal neu erfahren, wie wichtig es ist, dass wir als Landeskirche in Christus zusammenbleiben. Es ist die Stärke der Präambel, einer kurzen Deklaration zu Beginn der Ordnung, die bestehenden Gegensätze nicht kleinzureden und zugleich in ihnen keine Notwendigkeit einer Kirchenspaltung zu sehen. Unsere Landeskirche mit ihren vielfältigen Traditionen will mit dieser Ordnung zwei Anliegen besonders umsetzen: Sie will die Diskriminierungsgeschichte gleichgeschlechtlich liebender Menschen nicht fortschreiben und zugleich die Vielfalt der Zugänge zur Bibel als Heiliger Schrift anerkennen und in unserer Kirche weiterhin ermöglichen.

Wenn wir die Präambel der Ordnung ernst nehmen, so gehört es dazu, auch künftig Debattenbeiträge zu diesem Thema miteinander auszuhalten und sich

mit ihnen, wenn sie das in Stil und Gehalt nahelegen, kritisch auseinanderzusetzen. Insofern hat das Kollegium des Oberkirchenrats den Brief des Professoriums der Tübinger Fakultät begrüßt und die Vorwürfe, die vom Netzwerk Bibel und Bekenntnis erhoben wurden, eingehend geprüft.

Bevor ich auf einige konkrete Vorwürfe näher eingehe, will ich grundsätzlich sagen, dass wir in der Gesamtdebatte innerhalb der Landeskirche und ihrer kirchenleitenden Organe einfach schon einen entscheidenden Schritt weiter sind. Wir haben durch die Ordnung nach vielen Jahren endlich eine Klärung herbeigeführt. Sie wird – so ist mein Eindruck – von den Vertreterinnen und Vertretern der Gesprächskreise mitgetragen und auch immer wieder erklärt, wenn es in den Gemeinden zu Nachfragen kommt. Ich danke hier noch einmal allen besonnen handelnden Menschen in unserer Kirche. Meine Erwartung ist, dass wir auch künftig voneinander keine Zerrbilder zeichnen und genug Großherzigkeit aufbringen, Überzeugungen, die nicht die eigenen sind, zu akzeptieren. Ich bin nach wie vor überzeugt, dass dies zum geistlichen Reichtum unserer Landeskirche beiträgt.

Deswegen ist es ein durchaus gravierender Vorgang, wenn der württembergischen Arbeitskreis des *Netzwerks für Bibel und Bekenntnis* eine Broschüre nicht nur mit ihrer abweichenden Haltung und ihrem theologischen Widerspruch (beides ja reichlich bekannt) in die Gemeinden schickt, sondern es sind Einzeläußerungen darin zu finden, die Begriffe wie „Bekennnissynode“ ins Spiel bringen. Das ist ein Ausdruck, der an ganz andere Zeiten erinnert – und wohl auch bewusst erinnern will. Sollten solche Analogien zu den Auseinandersetzungen um die Deutschen Christen in der Zeit des Nationalsozialismus gemeint sein, weise ich sie hier und heute aufs Schärfste zurück. Und was heißt es, wenn Pfarrerrinnen und Pfarrer unserer Landeskirche Beschlüsse der Landessynode für „nichtig“ erklären? In welchem Sinne ist das gemeint? Schlagen sie damit auch den Rahmen der Gewissensfreiheit aus, den dieser Beschluss jedem Pfarrer und jeder Pfarrerin unserer Landeskirche sehr bewusst einräumt? Selbstverständlich hat es in dieser Landeskirche immer wieder die große Freiheit gegeben, verschiedene theologische Positionen ins Gespräch zu bringen – die Landessynode ist ein gutes Beispiel dafür,

ebenso unsere Netzwerke und kirchenpolitischen Vereinigungen. Der Ton dieser Broschüre geht aber über diese württembergische Form der Auseinandersetzung weit hinaus. Sie ist in manchen Passagen bewusst spalterisch und trägt diese spalterischen Gedanken in unsere Kirchengemeinden hinein. Dies ist verstörend und wird notwendigerweise weitere Gespräche nach sich ziehen müssen. Auch die Synodalen aus dem württembergischen Pietismus, die diesem Gesetz – unter Rückstellung eigener einzelner Bedenken – zugestimmt haben, sind vor solchen spalterischen Angriffen zu schützen.

Folgendes will ich nun noch klarstellen: Der Beschluss der Landessynode zur Ordnung des „*Gottesdienstes anlässlich der bürgerlichen Eheschließung zwischen zwei Personen gleichen Geschlechts...*“ widerspricht weder dem Kirchenverfassungsgesetz noch den Bekenntnissen der Reformation. Die Feststellung divergierender Glaubens-überzeugungen in der Segnung gleichgeschlechtlicher Paare und unterschiedliche Zugänge der Schriftauslegung sind in der Präambel zur Ordnung ausdrücklich genannt. Die Ordnung ordnet, wie damit umzugehen ist – ein neues Bekenntnis schreibt sie nicht fest. Sie orientiert sich damit an den Überlegungen, die Professor de Wall beim Studientag der 15. Landesynode in Bad Boll vorgestellt hat. Damit gehen die Vorwürfe eines gegenwärtigen „Bekenntnisnotstandes“ völlig ins Leere.

Wenn entsprechend der sogenannten Handreichung von *Confessio* Kirchengemeinden Beschlüsse zur Aussagekraft einer Ordnung treffen sollten, die von der Landessynode mit der nötigen Zweidrittelmehrheit beschlossen und von mir ausgefertigt worden ist, dann sind solche Beschlüsse ohne Relevanz. Sie sind notfalls im Wege der Rechtsaufsicht aufzuheben. Sie sind aber auch gänzlich unnötig, weil die Ordnung keinen Zwang zur Einführung der Segnung zweier Personen gleichen Geschlechts vorsieht, vielmehr eine positive Entscheidung in der Kirchengemeinde für diese Segnung voraussetzt, und weil niemand verpflichtet ist, an einem Segnungsgottesdienst mitzuwirken. Das persönliche Glaubensverständnis und das Gewissen sind umfassend geschützt.

b) Die aktuelle Lage im Heiligen Land

In diesen Tagen erreichen uns verschiedene Informationen zur Lage im Heiligen Land, in Israel und Palästina. Die Ankündigung der gegenwärtigen israelischen Regierung, Gebiete im Westjordanland zu annektieren, hat große Unruhe und Kritik ausgelöst. In Verbundenheit mit den Christinnen und Christen im Heiligen Land, unseren Partnerkirchen und -organisationen teilen wir diese Sorge – auch im Blick auf unsere jüdischen Freundinnen und Freunde in Israel, die in eine neue Spannungslage geraten könnten. Zustimmend und zusammenfassend schließe ich mich der Stellungnahme der Bischofskonferenz der VELKD an, deren ständiger Gast ich bin: “Mit Sorge hat die Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) in ihrer Sitzung am 19. Juni 2020 auf die Ankündigung der israelischen Regierung reagiert, Teile des Westjordanlandes zu annektieren. Sie befürchtet, dass dieser Schritt die politische Konfliktlage im Heiligen Land weiter verschärft. Die Umsetzung der Pläne hätte fatale Folgen für die Perspektive des Friedensprozesses im Heiligen Land” (*Stellungnahme der EMOK/Evangelischen Mittelost-Kommission zu den Annexionsplänen der israelischen Regierung (2020)*, <https://www.ekd.de/EMOK-Texte-22521.htm>). “Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie.” Das gilt auch für das Leben im Heiligen Land.

Herausgeber: Büro des Landesbischofs,
Evangelischer Oberkirchenrat, Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart.

Redaktion: Oliver Hoesch, Georg Eberhardt,
Stefanie Heimann, Dr. Jan Peter Grevel.

Titelbild: Jens Schmitt, Evangelisches Medienhaus.

Gestaltung und Herstellung: Bischofsbüro, Evangelischer Oberkirchenrat.

Bestelladresse: Büro des Landesbischofs, Evangelischer Oberkirchenrat,
Gänsheidestraße 4, 70184 Stuttgart, Tel. 0711/2149-324.



EVANGELISCHE LANDESKIRCHE
IN WÜRTTEMBERG